

H. 2156 der Besten der stenographischen Protokolle des Nationalrates  
 IX. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
 FÜR UNTERRICHT**

Zl. 50.248 - Parl./68 Wien, am 13. Jänner 1969

984 I.A.B.  
 zu 957/J.  
 Präs. am 13. 1. 69

An die  
 Kanzlei des Präsidenten  
 des Nationalrates

Parlament  
 1010 Wien

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 957/J-NR/68, die die Abgeordneten Peter und Genossen am 13. November 1968 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) Der Betrag von S 7,438.000.-- wurde in den Jahren 1962 - 1965 einschließlich und 1968 angewiesen. 1963 und 1964 wurde aus Gründen der Budgetverknappung einerseits und wegen der Tatsache, daß mit dem Bau noch gar nicht begonnen, trotzdem aber bereits ein Gesamtbetrag von S 6,600.000.-- überwiesen worden war, keine Ratenzahlung geleistet.

ad 2) Im Sinne der Ausführungen des Rechnungshofes, Note vom 2.6.1965, Zl. 900-8/65, sollen Bundessubventionen nicht mehr (wie bisher) an Gemeinden und Länder sondern nur mehr an private Institutionen gewährt werden. Aus diesem Grunde wurde die Bildung eines Vereines angeregt.

ad 3) a) Dieser Wunsch des Rechnungshofes wurde erst in jüngerer Zeit unter Bezugnahme auf das Bundesfinanzgesetz geäußert, weswegen

b) bisher die gezahlten Beträge an die Gemeinde Linz flüssig gemacht wurden.

ad 4) Ein Zeitplan für die Überweisung der Bundessubvention für die Brucknerhalle war ursprünglich nicht vorgesehen. Anlässlich der Erhöhung der Bundessubvention von ursprünglich 20 Millionen auf 35 Millionen im Dezember 1967 wurde von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen zugesagt, daß die restliche Bundessubvention in der Zeit von 1969 bis 1972 flüssig gemacht werde.

In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß trotz der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel (bis Ende 1968 S 7,438.000.--) bisher nicht mit dem Bau begonnen wurde und also der Bund seit geraumer Zeit bereits Vorleistungen erbracht hat.

*Kiss*